

Die Rolle Bernsteins bei der Gründung der USPD

Sándor Vádasz

„Die Geschichte hat Bernstein recht gegeben, er hat auf der ganzen Linie gesiegt“¹, erklärte Carlo Schmid, einer der Väter des Godesberger Programms der SPD, im Jahre 1964 auf der Festveranstaltung der Sozialistischen Internationale in Brüssel anlässlich der 100-Jahr-Feier der Gründung der I. Internationale. Die Fortsetzung seiner Erklärung könnte lauten: „...Marx gegenüber.“

Bei der Beurteilung Eduard Bernsteins wird von der gegenwärtigen deutschen sozialdemokratischen Geschichtsschreibung der Bogen von 1899, vom Erscheinen seines bereits klassischen Werkes „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, bis zum Jahre 1959, bis zur Annahme des Godesberger Parteiprogramms, gezogen. Bernsteins Buch „war der erste Schritt auf dem Weg zur Volkspartei SPD, zu der sie endgültig erst mit dem Godesberger Programm 1959 wurde“². Eine derartige Traditionsbildung macht es vollkommen verständlich, weshalb sich für das Lebenswerk des 1932 verstorbenen und in den Jahren des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges fast vollständig vergessenen Bernstein erst in den 1970er Jahren ein neues Interesse zeigte, von dem u.a. auch die 1977 abgehaltene Bernstein-Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zeugt. Hinsichtlich der 1990er Jahre spricht die Fachliteratur geradezu von einer „Bernstein-Renaissance“.

Kurz formuliert: Bernsteins Revisionismustheorie und sein politisches Programm sind für die gegenwärtige deutsche Sozialdemokratie wieder aktuell geworden. Was seine sonstigen Aktivitäten in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung anbelangt, so liegt das Interesse auf seinem Wirken in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, auf seiner Tätigkeit an der Spitze der Redaktion des „Sozialdemokrat“, auf seiner Teilnahme an der Gründung der II. Internationale sowie auf der Rolle, die er in den parteipolitischen Kämpfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielte.

Dagegen wurde seiner Haltung in den Jahren des Ersten Weltkrieges eine weitaus geringere Aufmerksamkeit geschenkt. Dies hat m.E. zwei wichtige Ursachen. Zum einen hat sich Bernstein von 1914 an in größerem Ausmaß und im Unterschied zu anderen führenden sozialdemokratischen Funktionären aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Zum anderen sind seine Stellungnahmen zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen ziemlich ambivalent. Will man jedoch sein Agieren im Jahre 1917 angemessen beurteilen, so ist gerade der Zeitraum seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges von besonderer Relevanz.

1 Zitiert nach Markus Bussmann: Eduard Bernstein. Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), in: Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte 1995, H.5. S.514

2 Ebenda., S.511

Der als „Vater des Revisionismus“ bekannte Bernstein hatte sich - anders als viele Zeitgenossen erwartet oder befürchtet hatten - in den ersten traumatischen Monaten des Weltkrieges nicht der Mehrheitsmeinung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angeschlossen. Er war nicht in den Chor der fanatischen Kriegsbefürworter eingefallen, obzwar auch er an einen Sieg Deutschlands glaubte und ihn auch wünschte. So erklärte er z.B. vor Vertrauensleuten des Deutschen Metallarbeiterverbandes in einem Vortrag am 25. Oktober 1914: „Wir Sozialdemokraten haben den lebhaftesten Wunsch, daß Deutschlands Waffen den Sieg davontragen.“³

Das eindeutige Fiasko des Blitzkrieges, die Zunahme der Versorgungsschwierigkeiten und vor allem die immer offener auftretenden Eroberungsbestrebungen der herrschenden Kreise in Deutschland weckten in Bernstein immer tiefere Zweifel. Er stellte sich die Frage, ob dies noch derselbe Krieg ist, der am 4. August 1914 im Reichstag auch von den sozialdemokratischen Parlamentariern unterstützt worden war. Seine Zweifel formulierte er nicht nur in der „Leipziger Volkszeitung“. Er zog daraus auch Schlußfolgerungen für sein eigenes politisches Handeln, und zwar in einer für die Fortführung des Krieges entscheidenden Frage: in der Frage der Bestätigung der von der kaiserlichen Regierung verlangten neuen Kriegsanleihen. Auf der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 1. Februar 1915 schlug Bernstein vor, jenen Abgeordneten, die aus Gewissensgründen den Beschluß der Fraktion nicht annehmen können, die Ermächtigung zu erteilen, ihre Stimme davon abweichend abgeben zu dürfen. Vom zunehmenden Unmut in der Partei zeugt, daß auch in der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtages eine heftige Debatte über die Bewilligung von Kriegskrediten entbrannt war. Abstoßend auf die Mitglieder der Partei wirkte zudem die Verhaftung Rosa Luxemburgs am 18. Februar 1915.

Dagegen argumentierte Philipp Scheidemann namens des Parteivorstandes in einer Rede am 18. März 1915, es seien keinerlei wesentliche Veränderungen eingetreten, die eine Veränderung der Stellungnahme der Fraktion begründen würde. Im Verlauf der Debatte forderten einige Fraktionsmitglieder, nur die Hälfte der von der Regierung geforderten Summe, also statt zehn nur fünf Milliarden Reichsmark zu genehmigen. In der Schlußabstimmung der Fraktion wurde die Regierungsvorlage von 77 Abgeordneten angenommen, 23 Fraktionsmitglieder stimmten dagegen, unter ihnen, neben Bernstein, so bekannte und angesehene Sozialdemokraten wie Wilhelm Dittmann, Friedrich Geyer, Georg Ledebour, Karl Liebknecht, Otto Rühle und Arthur Stadthagen.

Am 20. März 1915 trat der Reichstag zusammen, um das Budget zu bestätigen. Auf dieser Sitzung kam es zu heftigen Zusammenstößen. Stadthagen verwies bei der Darstellung der schwerwiegenden Folgen des Ausnahmezustandes auf Verstöße der Militärbefehlshaber in ganz Deutschland gegen gesetzliche Vorschriften zur Presse; die oppositionellen Journalisten würden von den Zensoren „gepeinigt“. Bei der Abstimmung votierten Liebknecht und Rühle gegen das Budget, das von der

³ Zitiert nach Franz Boll: *Frieden ohne Revolution?*, Bonn 1980, S.112.

Regierung vorgelegt wurde, die anderen genannten Abgeordneten, unter ihnen Bernstein, verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal. Die Reichstagsitzung vom 20. August 1915 verlief nach dem gleichen Muster.

In den Herbstsitzungen der sozialdemokratischen Fraktion spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern und Gegnern der Politik des 4. August weiter zu. In den Debatten wurde deutlich, daß sich die „sozialpatriotischen“ Abgeordneten immer offener mit der offiziellen staatlichen Politik identifizierten und die jeweiligen Kriegsziele der Regierung akzeptierten. Gemeinsam mit Abgeordneten der bürgerlichen Parteien gaben sie umfangreiche Bücher heraus, in denen der „Harmonie der Interessen“ das Wort geredet wurde. Die in Opposition zum Kurs des Parteivorstandes stehenden Abgeordneten forderten dagegen immer energischer, daß die Parteiführung mit ihrer kriegsbejahenden Politik brechen solle.

Am 21. Dezember 1915 stand im Reichstag die inzwischen fünfte Kriegsanleihe auf der Tagesordnung. Im Vorfeld dieser Sitzung veröffentlichte Hugo Haase im Namen der Fraktionsminderheit einen Aufruf, in dem die neue Kriegsanleihe abgelehnt wurde. Gleichzeitig teilte er mit, daß er auf seine Funktion als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verzichte, weil er mit seiner Stellungnahme gegen die Bewilligung neuer Kriegsanleihen nicht mehr die Mehrheit der Fraktion hinter sich habe. Letztendlich votierte die sozialdemokratische Fraktion auch für die Bewilligung dieser Anleihe, protestierte jedoch gleichzeitig gegen die Annexionsbestrebungen der Regierung und brachte ihren Wunsch zum Ausdruck, daß diese alle sich bietenden Möglichkeiten zur Aufnahme von Friedensverhandlungen nutzen solle.⁴

Die Forderung des Rechts im Parlament, von der Mehrheit abweichend abstimmen zu können, die Bestätigung von „nur“ der Hälfte der von der Regierung geforderten Kriegsanleihen, d.h. die Ablehnung der anderen Hälfte, das Verlassen des Sitzungssaales des Reichstages noch vor Beginn der Abstimmensprozedur und die Teilnahme Bernsteins daran, all das waren zweifellos neue Erscheinungen. Im Vergleich zu den Aktivitäten der konsequenten Gegner des kriegsbejahenden Kurses der sozialdemokratischen Parteiführung war das jedoch ein eher halbherziges Vorgehen.

Die Linken kamen bereits am 5. März 1915 in Berlin zu einer Reichskonferenz zusammen, an der u.a. Peter Bertin, Arthur Crispian, Käthe und Hermann Duncker, Paul Levi, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Otto Rühle teilnahmen. Nach dem von ihnen begründeten Presseorgan wurden sie die „Gruppe Internationale“ genannt. Zugleich sei auf die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Bern (26. - 28. März) verwiesen, die die Losung der Landesverteidigung zurückwies und die sofortige Beendigung des Krieges forderte.⁵

4 Zu den Meinungsunterschieden im Zusammenhang mit der Bewilligung der Kriegsanleihen siehe u.a. Eugen Prager: Geschichte der USPD, Berlin 1922, S.48-96 (Neudruck Glashütten 1970). Siehe auch Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band I, Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1975.

5 Siehe Janos Jemnitz: A nemzetközi munkásmozgalom az első világháború éveiben 1914-1917 [Die internationale Arbeiterbewegung in den Jahren des Ersten Weltkrieges 1914-1917], Budapest 1975, S.156-165.

Die gesamte Opposition stützte sich auf den in der Stimmung der breiten Volksmassen eingetretenen wesentlichen Wandel. Der infolge der erstarrten Fronten entstandene Stellungskrieg war mit riesigen Menschenopfern verbunden. Wegen der Priorität der Versorgung der Armee hatte die Bevölkerung des an Nahrungsmitteln armen Deutschlands erheblich zu leiden. Schlimmer als der Hunger war jedoch für die Menschen das Bewußtsein, daß sich nicht einmal Anzeichen der baldigen Beendigung des Krieges in absehbarer Zeit zeigten. Der erfahrene Bernstein erkannte die in der Mentalität der Massen eingetretenen Veränderungen und entschloß sich zu einem Schritt, der radikaler als jeder frühere war.

Die Nummern der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni 1916 wurden den Verkäufern sozusagen aus den Händen gerissen. Das Blatt enthielt den von Bernstein, Haase und Karl Kautsky unterzeichneten Aufruf „Das Gebot der Stunde“. Die drei großen Alten der deutschen sozialdemokratischen Bewegung waren bemüht, in diesen Kriegstagen etwas von den alten Traditionen der Arbeiterbewegung zu bewahren. Der Erfolg des Aufrufs war aber dennoch nicht so sehr dem unzweifelhaften Ansehen seiner Verfasser, als eher seinem mutigen Ton und seiner der Stimmung der Massen gerecht werdenden neuartigen Aussage zu verdanken. Mit Recht erregte er großes Aufsehen, denn „es war die erste Kampfansage der Opposition an die Mehrheiten der Parteinstanzen“.

„Die Stunde der Entscheidung ist gekommen“, schrieben die Autoren des Manifests. „Die deutsche Sozialdemokratie steht vor der Beantwortung einer Frage, die vom Gesichtspunkt des Schicksals des deutschen Volkes und der Zukunft der gebildeten Welt aus die größte Triebkraft hat“. In den vergangenen Wochen, so betonten die Verfasser, wurden von hochrangigen Persönlichkeiten und einflußreichen Körperschaften Programme ausgearbeitet, die dem gegenwärtigen Krieg den Stempel des Eroberungskrieges aufdrückten. Der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte wandten sich am 20. Mai mit einer Eingabe an den Reichskanzler, in der sie die Eroberung eines großen Kolonialreiches, entsprechende Kriegsentschädigungen und Annexionen in Europa forderten. Weiter wurde im Aufruf darauf verwiesen, daß in den Tagen vorher der König von Bayern für die Erweiterung der Westgrenzen eingetreten ist, da - wie er formulierte - Süd- und Westdeutschland so einen günstigeren Zugang zum Meer hätten. Was jedoch die größte Besorgnis erregte: Die Regierenden erwarteten, daß die deutsche Sozialdemokratie auch weiterhin die Kriegsanzleihen bestätigten würde. Die Weltgeschichte, stellten die Unterzeichnenden fest, kenne bisher keinen so blutigen Krieg wie diesen. In ihm paare sich die Grausamkeit des barbarischen Zeitalters mit den raffiniertesten Mitteln der Zivilisation. Bei allen am Krieg beteiligten Völkern würde die Sehnsucht nach Frieden stärker. „Tausende blicken auf die Sozialdemokratie als auf die Partei des Friedens.“ Von ihr erwarten sie, das erlösende Wort auszusprechen. Dem gegenwärtigen Stand der Dinge nach „hat die deutsche

Sozialdemokratie den entscheidenden Schritt zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Die Zukunft, der Wohlstand und die Freiheit unseres Volkes stehen auf dem Spiel.⁴⁷

Die meisten Parteizeitungen durften den Aufruf nicht veröffentlichen. Auch die „Leipziger Volkszeitung“ wurde deshalb bis zum 1. Juli verboten. Der Mehrheit der Parteileitung galt das Manifest Bernsteins und seiner Genossen als „Sprengversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen“⁴⁸. Zudem wurde von ihr als Unterzeichner nur Hugo Haase erwähnt. Dieser Umstand kann aber weder die Rolle noch das Verdienst von Bernstein oder Kautsky schmälern. Das „Gebot der Stunde“ bedeutete den Höhepunkt in der oppositionellen Tätigkeit Bernsteins während des Ersten Weltkrieges. Es „lebt in der Geschichte der Opposition gegen die sozialdemokratische Kriegspolitik als eines ihrer wichtigsten Denkmale fort“⁴⁹.

Neben diesem Engagement innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verdient auch das Mitwirken Bernsteins an der Neubelebung der abgebrochenen Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung Erwähnung. Die dringlichste Aufgabe war zweifellos die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den deutschen und den französischen Sozialdemokraten. Das Zentralorgan der Schweizerischen Arbeiterpartei, die von Robert Grimm herausgegebene „Berner Tagwacht“, hatte schon am 1. April 1915 den Appell Liebknechts abgedruckt, in dem er zu gemeinsamen Friedensaktionen aufgerufen hatte. Vertreter der französischen Antikriegsbewegung wollten sich ursprünglich mit denen der deutschen sozialdemokratischen Linken treffen. Dieser Plan realisierte sich jedoch nicht. Schließlich reiste Léon Jouhaux, der Generalsekretär der CGT, im August in die neutrale Schweiz, wo er Besprechungen mit Bernstein und Kautsky führte. In der Schweiz konferierte Bernstein auch mit Manó Buchinger und Ernő Garami. Sie befanden sich auf der Durchreise und waren von der Leitung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns in die Niederlande geschickt worden, um sich nähere Informationen über die Tätigkeit der Internationalisten zu beschaffen. Die Führer der ungarischen Sozialdemokratie führten auch mit anderen deutschen Parteiführern - so mit Friedrich Ebert, mit Scheidemann, Haase, Kautsky und mit dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Carl Legien, - Besprechungen.

Zu der bedeutendsten und konsequentesten Gruppierung der Kriegsgegner, der Zimmerwald-Bewegung, hatte Bernstein dagegen kaum Kontakte. Obwohl die Organisatoren z.B. zur internationalen Konferenz vom 24. bis 30. April 1916 in Kienthal namentliche Einladungen an Bernstein, Haase und Kautsky sandten, reisten diese nicht in die Schweiz. Daraufhin schrieb Grigorij Sinowjew - emotional verständlich, aber sicher nicht ganz gerechtfertigt - im Organ der Zimmerwalder Linken, daß es sich wieder erwiesen habe, Haase und Kautsky seien eher geneigt, mit den Sozialchauvinisten Pierre Renaudel und Emil Vandervelde als mit jenen zu

7 Der Text des Aufrufs ist abgedruckt in Peter Friedmann: Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917, Berlin 1984, S.904-908.

8 Chronik der deutschen Sozialdemokratie, S.171.

9 Prager, Geschichte, S.75.

verhandeln, die gegen den Sozialchauvinismus kämpfen wollten. Der Name Bernsteins wurde von ihm nicht einmal erwähnt.¹⁰

Die zunehmende Dauer des Krieges und die Aussichtslosigkeit seiner Beendigung ließen notwendigerweise die gesamte Sozialdemokratie, so auch die deutsche, nach links driften. Am 19. Januar 1917 trat in der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtages ein offener Bruch ein. Unter der Bezeichnung Sozialdemokratische Fraktion (Alte Richtung) entstand ein neues politisches Gebilde. Am 9. Februar erschien der Appell der Opposition im Landesmaßstab, der die offizielle Sozialdemokratie als „nationale sozialistische Partei“ brandmarkte. Unter den Unterzeichnern fehlten jedoch diesmal die Namen von Bernstein und Kautsky. Neben dem Namen Haases standen jetzt der von Ledebour und Ewald Vogtherr. Nach langwierigen Auseinandersetzungen kam es schließlich zu Ostern 1917 (am 6./7. April) in Gotha auf der Konferenz der Opposition zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Kautsky wurde damit beauftragt, in einem Manifest die Ziele der neuen Organisation zusammenzufassen.

Daß auch Bernstein der neuen Partei beitrug, ist allgemein bekannt. Auch in die neu gebildete Leitung der Partei, in den Aktionsausschuß, wurde er aufgenommen. Umso bezeichnender ist das vollständige Schweigen der sozialdemokratischen Historiographie über diesen Umstand. Weder in Chronologien noch in den großen Monographien wird sein Name im Zusammenhang mit der Gründung der USPD genannt.

Bei diesem Punkt angelangt, könnten wir im Grunde genommen innehalten, wenn wir nicht im Zusammenhang mit der Person Bernsteins in der letzten Zeit (im Vergleich etwa zu den 1970er Jahren) gewisse und bei weitem nicht geringfügige historiographische Akzentverschiebungen bemerken würden. Von der sozialdemokratischen theoretischen Zeitschrift „Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte“ wurden in den vergangenen Jahren einige Artikel veröffentlicht, die dies deutlich widerspiegeln. Markus Bussmann schrieb: „Man kann Bernstein nicht auf dem rechten Flügel der SPD ansiedeln. ... Als sich das von ihm Angestoßene zu weit von seinen Vorstellungen entfernte, stieß der 'gelehrteste Kopf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion' (*Robert Michels*) zur USPD.“¹¹

Ein anderer Autor, Patrick Horst, drückte bereits im Titel seines Artikels das Wesentliche seiner Konzeption aus: „Eduard Bernstein - Revisionist ohne Kriegsbegeisterung“. Horst legte das Gewicht auf die unbestrittene Tatsache, daß der Sozialist, der bisher vor allem als großer Widersacher von Luxemburg, Kautsky und Bebel im Revisionismusstreit hervorgetreten war, zur Überraschung vieler sich schon Ende 1914 von der Burgfriedenspolitik der Mehrheitssozialdemokraten entfernt hatte. Auch der Aufsatz von Iring Fetscher „Kautsky - Bernstein. Zwischen Praxis und Glaube“ verdient Aufmerksamkeit. Seiner Auffassung nach „verfügte (Bernstein) - vor allem in Kreisen der Gewerkschaft - über erheblichen Einfluß. Sowohl in der

10 Vorbote, April 1916. Siehe hierzu Sandor Vadasz: Lenin és zimmerwaldi baloldal [Lenin und die Zimmerwalde Linke], Budapest 1971, S.144-146.

11 Bussmann, Eduard Bernstein, S.513.

‘Massenstreikdebatte’, als auch bei der Frage der Gewährung von Kriegskrediten war er (von 1915 an) auf Seiten der ‚Linken‘. Und als es zur Parteispaltung kam, gehörte er - ebenso wie Kautsky - zur USPD.¹²

Dem steht der Umstand gegenüber, daß Bernstein im Gegensatz zu Kautsky bereits im Frühjahr 1919, einige Monate nach der Niederlage der Novemberrevolution, in die Reihen der Mehrheitssozialisten zurückgekehrt ist, denn er „hatte... mit den Unabhängigen Sozialdemokraten wenig und dem Spartacusbund gar nichts gemein. In allen wichtigen inhaltlichen und strategischen Fragen teilte Bernstein die Position Eberts und Scheidemanns.“¹³

Aufgrund dieser wenigen Beispiele, halte ich die Schlußfolgerung für begründet, daß wir es hier mit einer gut bekannten Erscheinung zu tun haben. Das traditionelle Bernstein-Porträt wird von Zeit zu Zeit retuschiert, damit die dem Geist der heutigen Zeit entsprechenden Züge hervorgehoben werden können. Es besteht kein Zweifel daran, daß er 1914 zu keinem berauschten Sozialchauvinisten geworden ist. Auch entspricht es den Tatsachen, daß man ihn vom Ende des Jahres 1914 an an der Spitze der „gemäßigt“ gegen den Krieg auftretenden Parteiopposition finden konnte. Dennoch war sein im Grunde genommen positives politisches Wirken während des Ersten Weltkrieges nicht frei von Schwankungen, ein Umstand, der offenbar gegenwärtig der „Retusche“ geopfert wird. Obzwar im Rahmen dieses Aufsatzes dazu nicht die Möglichkeit besteht, wäre es lohnenswert zu untersuchen, woraus sich diese Tendenz der Historiographie der deutschen Sozialdemokratie hinsichtlich Bernsteins speist und inwiefern diese für allgemein gehalten werden kann.

12 Iring Fetscher: Linke Denkmäler. Kautsky – Bernstein. Zwischen Praxis und Glauben, in: Die Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte, 2000, H. 1-2, S.35

13 Patrick Horst: Rezension zu Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution von 1918/19, Verlag J.H.W.Dietz Nachfolger, Bonn 1998, in: Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 1999, H.2, S.181.